

EINE NEUE ZEIT BRAUCHT
EINE NEUE POLITIK.

The SPD logo consists of a red square with the white letters "SPD" inside it.

SPD

BESCHLÜSSE DES AUSSERORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAGS 2018

*21. JANUAR 2018
IN BONN*

SPD.DE

**Beschlüsse des außerordentlichen
Bundesparteitags der SPD**
vom 21. Januar 2018 in Bonn

Inhalt

	Seite/n
I. Tabellarische Übersicht über die angenommen und überwiesenen Anträge	4-5
II. Anträge nach Antragsbereichen	6-31
Leitantrag (L)	6-7
Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik (Ar)	8-15
Bildungs-, Wissenschafts- Jugend, Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik (B)	16
Innen- und Rechtspolitik, Verbraucherschutz, Migration (I)	17-18
Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik (StW)	19-20
Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik (U)	21-22
Themenübergreifende Anträge / Sonstige (TH)	23-31
III. weitere Anträge	33

Impressum

Herausgeber:
SPD-Parteivorstand
Abteilung Mobilisierung
Willy-Brandt-Haus
10963 Berlin
www.spd.de

I. Tabellarische Übersicht über die angenommenen und überwiesenen Anträge

(Die angenommenen Anträge sind fett gedruckt)

	Antragsteller	Überschrift	Beschluss	Seite/n
L1	Partei Vorstand	Aufnahme von Koalitionsverhandlungen	(angenommen)	6
Ar1	<i>Ortsverein Hummelsbüttel (Landesorganisation Hamburg)</i>	Reform des Arbeitslosengelds II	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	8
Ar2	<i>Ortsverein Hummelsbüttel (Landesorganisation Hamburg)</i>	Reform der gesetzlichen Krankenversicherung	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	9
Ar3	<i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i>	Voraussetzungen für Koalitionsverhandlungen	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	10
Ar5	<i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i>	Spaltung verhindern – Demokratie und direkte Teilhabe stärken	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	12
Ar6	<i>Landesverband Sachsen-Anhalt</i>	Für die SPD ist es - auch in der Rolle der stärksten Oppositionspartei im Bundestag – prioritäre Aufgabe, den Sozialstaat zu verteidigen und weiterhin solidarisch für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	14
B1	<i>Ortsverein Köln-Höhenhaus (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Beenden der prekären Beschäftigung im Bildungssektor	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	16
I3	<i>Landesverband Sachsen-Anhalt</i>	Das Grundrecht auf Familie ist nicht verhandelbar – Familiennachzug ermöglichen	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	17
I4	<i>Ortsverein Stadtmitte-Brinckmansdorf (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)</i>	Besserer Schutz für Geflüchtete	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	17
StW1	<i>Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	Finanzierungsvorbehalt	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	19
StW2	<i>Ortsverein Hummelsbüttel (Landesorganisation Hamburg)</i>	Steuerrecht reformieren	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	19
StW3	<i>Ortsverein München Laim (Landesverband Bayern)</i>	12 steuerpolitische Forderungen	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	20
U2	<i>NaturFreunde Deutschlands</i>	Klimaschutz muss konkret werden	(Überwiesen an SPD-Partei Vorstand)	21

	Antragsteller	Überschrift	Beschluss	Seite/n
TH2	<i>Ortsverein Graftschaft (Landesverband Rheinland-Pfalz)</i>	Regierungsbeteiligung der SPD	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	23
TH3	<i>Kreisverband Calw (Landesverband Baden- Württemberg)</i>	Forderungen für Koalitionsverhandlungen	(Überwiesen an an SPD- Parteivorstand)	23
TH5	<i>Kreisverband Nordwestmecklenburg- Wismar (Landesverband Mecklenburg- Vorpommern)</i>	Aufnahme von Koalitionsverhandlungen	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	24
TH8	Ortsverein Barmbek Mitte (Landesorganisation Hamburg)	Der Erneuerungsprozess muss weitergehen	(angenommen)	24
TH10	<i>Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)</i>	Bedingungen für erfolgreiche Koalitionsverhandlungen	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	24
TH13	<i>Ortsverein Neumünster- Gadeland (Landesverband Schleswig-Holstein)</i>	Aufnahme von Koalitionsverhandlungen	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	25
TH15	<i>Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)</i>	Punkte für Koalitionsverhandlungen	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	26
TH16	<i>Ortsverein Barmbek Uhlenhorst Hohenfelde 1 (Landesorganisation Hamburg)</i>	Eintritt in Koalitionsverhandlungen	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	27
TH19	<i>Unterbezirk Miesbach Unterbezirk Bad Tölz- Wolfratshausen (Landesverband Bayern)</i>	Ein weiter so darf es nicht geben	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	27
TH23	<i>Ortsverein Großbottwar (Landesverband Baden- Württemberg)</i>	Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	29
TH25	<i>Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden- Württemberg)</i>	Klärung unserer Rolle in Regierungsverantwortung oder in der Opposition	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	29
TH29	<i>Unterbezirk Erding (Landesverband Bayern)</i>	Ziele für Koalitionsverhandlungen	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	30
TH32	<i>Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover)</i>	Ausgang des Mitgliedervotums akzeptieren	(Überwiesen an SPD- Parteivorstand)	30

II. Anträge nach Antragsbereichen

Leitantrag (L)

L 1 / Parteivorstand (Angenommen)

Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

Der SPD-Bundesparteitag beauftragt eine vom Parteivorstand einzusetzende paritätisch besetzte Verhandlungskommission auf Basis der Sondierungsergebnisse und des SPD-Wahlprogramms Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU aufzunehmen.

5

Der SPD-Bundesparteitag begrüßt, dass mit den vorliegenden Ergebnissen der Sondierungsgespräche mit der CDU/CSU bereits wichtige Fortschritte für die strukturelle Erneuerung unseres Landes und für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft erzielt worden sind. Die Ergebnisse sind deshalb geeignet, um im Rahmen von Koalitionsverhandlungen die noch offenen Fragen zu klären und damit den Mitgliedern die Abstimmung über ein Gesamtergebnis zu ermöglichen.

10

Wir schaffen mit dem Sondierungsergebnis sozialen Fortschritt bei der Rente, in dem wir das Rentenniveau bei 48 Prozent absichern, die Erwerbsminderungsrente verbessern und eine Grundrente einführen. Anders als bisher werden Arbeitgeber nicht mehr einen geringeren Krankenkassenbeitrag zahlen als die Arbeitnehmer, es wird wieder Parität herrschen. Für die Eingliederung von Arbeitslosen wird zukünftig mehr Geld zur Verfügung stehen und ein echter sozialer Arbeitsmarkt für zunächst 150.000 langzeitarbeitslose Menschen organisiert werden können. Damit setzen wir endlich den Passiv-Aktiv-Transfer in der Arbeitsmarktpolitik durch. Außerdem wird es eine Mindestausbildungsvergütung geben. Der Bau bezahlbarer Wohnungen wird auf hohem Niveau gefördert, Mieter profitieren von einer geringeren Modernisierungumlage. Mit gebührenfreien Kitas und Ganztagschulen, einer BAföG-Reform und der Abschaffung des Kooperationsverbots bringen wir eine große Bildungsreform auf den Weg. Und wir erreichen mit der Abschaffung des Solidaritätszuschlags für 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eine direkte Entlastung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringen Einkommen werden bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet, Familien profitieren von höherem Kindergeld und einem höheren Kinderzuschlag. Der von uns durchgesetzte Paradigmenwechsel in der Europapolitik ist ein großer Erfolg und eröffnet endlich die Chance, Europa demokratischer, handlungsfähiger und solidarischer zu machen. Wir können soziale Stabilität in Europa schaffen.

15

20

25

30

35

Der SPD-Bundesparteitag stellt aber gleichzeitig fest, dass mit CDU und CSU bislang in für uns essentiellen Projekten für mehr Sicherheit im Arbeitsleben, für mehr Gerechtigkeit in unseren Sozialsystemen und für eine humanitäre Flüchtlingspolitik nur unzureichende Ergebnisse erreicht worden sind. Wir wollen weitere Fortschritte:

- Befristete Arbeitsverhältnisse müssen die Ausnahme sein; gerade für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger muss das unbefristete

40 Arbeitsverhältnis wieder zur Regel werden. Eine der Ursachen für die
dramatische Zunahme befristeter Beschäftigungsverhältnisse ist die seit 1985
bestehende Möglichkeit Arbeitsverhältnisse ohne Gründe zu befristen.
Deshalb sind die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die
Einschränkung der Sachgründe für Befristungen sowie die Begrenzung von
45 Befristungsketten geeignete Maßnahmen, um insbesondere für junge
Menschen für mehr Sicherheit beim Start ins Berufsleben zu sorgen und sie
damit in der Phase der Familiengründung zu unterstützen.

- Wir wollen das Ende der Zwei-Klassen-Medizin einleiten. Dazu muss sich die
50 Versorgung nach dem Bedarf der Patientinnen und Patienten und nicht nach
ihrem Versicherungsstatus richten. Hierzu sind eine gerechtere
Honorarordnung, die derzeit erhebliche Fehlanreize setzt, sowie die Öffnung
der GKV für Beamte geeignete Schritte.
- Eine weitergehende Härtefallregelung für den Familiennachzug, um Familien
das Zusammenleben zu ermöglichen.

55 Deshalb ist für uns klar: Das Sondierungsergebnis ist eine Grundlage für
Koalitionsverhandlungen, in denen insbesondere in den genannten Bereichen konkret
wirksame Verbesserungen erzielt werden müssen, die der Parteivorstand im
Anschluss an erfolgreiche Koalitionsverhandlungen zusammen mit den dort erzielten
60 Gesamtergebnissen den Mitgliedern zur Abstimmung vorlegt.

Unabhängig vom Ausgang dieser Entscheidung fordert der Bundesparteitag den
Parteivorstand auf, noch im ersten Quartal einen Fahrplan für den notwendigen
inhaltlichen und organisatorischen Neuaufstellungsprozess mit dem Ziel vorzulegen,
65 diesen noch vor der Sommerpause zu starten.

Im Falle einer Koalitionsbildung wird der ordentliche Parteitag 2019 zur Halbzeit der
Wahlperiode eine Bilanz der bisherigen Regierungsarbeit sowie der Erneuerung der
SPD ziehen und eine Entscheidung für den weiteren Fortgang treffen.

70 Unsere Basis entscheidet. Über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen wird ein
verbindliches Mitgliedervotum eingeholt, an dem alle Mitglieder beteiligt werden.
Das haben wir beschlossen, und das zeichnet uns als lebendige Mitglieder-Partei aus.
Damit dieser Prozess innerhalb der Partei uns stärkt, ist uns wichtig, dass ein
75 Abstimmungsverfahren angesichts der leidenschaftlichen Debatte in der Partei von
besonderer Fairness gekennzeichnet ist. Zur Gewährleistung eines fairen Verfahrens
wird der Parteivorstand sicherstellen, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit, und
vor allem auch im Rahmen von Diskussionsveranstaltungen, die diskursive Bandbreite
der Debatte abgebildet wird.

Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik (Ar)

Ar 1 / Ortsverein Hummelsbüttel (Landesorganisation Hamburg)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Reform des Arbeitslosengelds II

Wir fordern im Rahmen von Koalitionsverhandlungen eine Reform des Arbeitslosengeldes II:

1. Abbau von Bürokratisierung und Fehlanreizen im ALG II-Recht durch
 - Vereinfachung der Vorschriften,
 - 5 • Einführung von Bagatellgrenzen und Bindung der Prozesskostenhilfe für ALG II-Empfänger an einen bestimmten Streitwert,
 - Förderung von Arbeitslosen, die sich nachträglich ausbilden lassen durch Zulagen, die an absolvierte Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gebunden sind,
 - Aufnahme aller Menschen in Schulungsmaßnahmen in die Arbeitslosenstatistik, damit nicht durch Aneinanderreihung von Maßnahmen statistische Scheinerfolge
10 vorgetäuscht werden,
 - deutliche Reduzierung der Anrechnung von bereits erspartem Vermögen in Abhängigkeit von der jeweiligen Dauer der Einzahlung in die Arbeitslosenversicherung und deutliche Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche, soweit bei Transferleistungen eine Anrechnung erfolgt,
15 • Einführung eines Maßnahme-Controlling mit Berichtspflicht in allen Jobcentern und einem obligatorischen bundesweiten „best-practice“- Verfahren.
2. Intensivierung der Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit, indem
 - 20 • eine abschlussorientierte Qualifizierung Vorrang hat vor schneller Vermittlung, da nur so die Integration in eine bedarfsdeckende und nachhaltige Beschäftigung gewährleistet ist, dabei soll auch eine Qualifizierung in Betrieben geprüft werden,
 - die Fallzahlen der Vermittler reduziert und die dafür erforderlichen Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden,
 - 25 • ausgebildete Coaches für die Begleitung der Arbeitslosen, die in der Zeit vor und nach der Eingliederung eingesetzt werden, und für die die Mittel ebenfalls zusätzlich aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden, so dass sie nicht zulasten der anderen Aufgaben gehen,
 - die Förderung der beruflichen Selbständigkeit ... als Brücke zur Beschäftigung wiederbelebt wird und auch als Maßnahme für Flüchtlinge dient, die länger hier leben werden, damit sie ihre Kompetenzen auch ohne beruflichen Abschluss in den Arbeitsmarkt einbringen können; auch hier sollen Coaches den Weg in die Selbständigkeit begleiten,
 - 30 • Investitionen in Weiterbildung und lebenslanges Lernen durch einen staatlichen Fonds mit Beteiligung der Arbeitgeber finanziert werden, die von den gut und aktuell ausgebildeten Mitarbeitern profitieren,
 - 35 • ein strukturierter, staatlich geförderter sozialer Arbeitsmarkt aufgebaut wird für Menschen, bei denen eine Integration in den Arbeitsmarkt nicht gelingt. Damit soll für einen längeren Zeitraum öffentlich geförderte bzw. bezahlte Beschäftigung gewährleistet werden, die auch einen Übergang ermöglicht. Es ist besser, eine
40 Arbeit statt ALG II zu bezahlen.

3. Ergänzende Maßnahmen

- 45 • Herstellung eines größeren Abstands zwischen Arbeitslohn im Niedriglohnsektor und ALG II-Beziehern durch Ausbau und Erhöhung der Mindestlöhne und Aufstockungszuschüsse, die so zu gestalten sind, dass sie es beispielsweise auch geringer Qualifizierten ermöglichen, sich aus dem Leistungsbezug zu lösen. Diesen Abstand zwischen Niedriglohnsektor und ALG II-Bezug soll die Mindestlohnkommission bei der Festlegung der Höhe berücksichtigen.
- 50 • Ausnahmen und Umgehungsmöglichkeiten beim Mindestlohn, die letztlich zulasten der Arbeitslosenversicherung gehen, müssen durch Klarstellungen im Mindestlohngesetz beseitigt werden.
- Senkung der Sozialbeiträge für Geringverdiener, damit es sich mehr lohnt, auch eine gering bezahlte Arbeit aufzunehmen.

Ar 2 / Ortsverein Hummelsbüttel (Landesorganisation Hamburg)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Reform der gesetzlichen Krankenversicherung

Im Rahmen von Koalitionsverhandlungen ist zu fordern:

1. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen wieder paritätisch geleistet werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass für die Finanzierung der Pflegeversicherung ein arbeitsfreier Tag entfallen ist.
- 5 2. Die Kostenübernahme für die Beiträge der ALG-II-Empfänger durch den Bund soll wieder auf ein kostendeckendes Niveau zurückgeführt werden. Gegenwärtig wird die Deckungslücke durch die gesetzlich Versicherten getragen. Das ist nicht akzeptabel.
- 10 3. Mehr staatliche Einflussnahme zulasten der Kassenärztlichen Vereinigungen bei Bedarfsplanung und Versorgungssicherung soll die Niederlassung von Ärzten steuern.
- 15 4. Eine Begünstigung der Leistungen von Hausärzten und Landärzten soll durch eine neue Verteilung der Honorare zwischen Hausärzten/Allgemeinmedizinerinnen und Fachärzten sowie zwischen Stadt- und Landbezirken erfolgen. Beide Maßnahmen sollen gleichzeitig dafür sorgen, dass eine bestehende Fehlallokation in Städten und Landkommunen beendet wird.
- 20 5. Für die Eröffnung einer Landarztpraxis soll es staatliche Zuschüsse geben einschließlich kommunaler Einflussmöglichkeiten. Den Kommunen sind die dafür erforderlichen Aufgaben und Mittel zuzuweisen. Den Landkreisen soll eine ordnende Steuerung der Standorte zufallen.
6. Für Beamte muss der Zugang zur GKV erleichtert werden, indem bei freier Wahl der gesetzlichen Krankenversicherung die gleichen Zuschuss- und Kostenübernahmeregelungen gelten wie für alle anderen gesetzlich Versicherten auch.

Ar 3 / Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Voraussetzungen für Koalitionsverhandlungen

Der Ordentliche Bundesparteitag im Dezember 2017 hatte den Weg zu ergebnisoffenen Sondierungsgesprächen mit den Unionsparteien frei gemacht. Nach deren Abschluss sollte ein Außerordentlicher Bundesparteitag das Ergebnis bewerten.

5 Dazu stellt der Bundesparteitag fest:

Die SPD betrachtet das Ergebnis der Sondierungen als eine Beratungsgrundlage für die beteiligten Parteien, nicht als einen starres Korsett oder abschließenden Rahmen für eine mögliche Koalitionsvereinbarung. Der Parteitag nimmt dazu wie folgt Stellung:

10

1) In zahlreichen Punkten ist es der Verhandlungskommission gelungen, konkrete Fortschritte und richtige Weichenstellungen durchzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Fragen Europa, Bildung, Investitionen, Pflege und Rückkehr zur Beitragsparität in der Krankenversicherung.

15

2) An vielen Stellen besteht Klärungs- und Präziserungsbedarf. Dabei geht es insbesondere um

20

- den Ausschluss von Leistungskürzungen in den Sozialversicherungen angesichts der im Papier angekündigten Mehrausgaben in der Pflege, bei den Erwerbsminderungsrenten (die wir ausdrücklich begrüßen) sowie bei der Grundrente und der Mütterrente einerseits im Verhältnis zur gleichzeitig vorgesehenen Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge auf insgesamt 40% andererseits. Hier muss prioritär (also ohne Finanzierungsvorbehalt) geregelt werden, dass die Sozialkassen durch Zuschüsse aus Steuermitteln in entsprechender Höhe entlastet werden, zuzüglich der schon bestehenden betragsungedeckten Leistungen wie etwa der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und der bestehenden Mütterrente.

25

30

- eine gesetzliche und finanzielle Unterlegung der „nationalen Weiterbildungsstrategie“. Hier reicht ein „Recht auf WeiterbildungsBERATUNG“ bei weitem nicht aus, ebenso wenig wie an anderer Stelle eine „Überprüfung“ des AÜG und der SGB-II-Regelungen zu Zumutbarkeit und Schonvermögen. Hier bedarf es deutlicher Korrekturen.

35

- einen Rahmen für die Arbeit der Rentenkommission, der das Rentenniveau auch nach 2025 nicht absinken lässt, der ungünstige Erwerbsbiografien aufwertet, die gesetzliche Rente lebensstandardsichernd gestaltet und den Weg zur Erwerbstätigenversicherung aufzeigt.

40

- kurzfristige Maßnahmen zur Verbreiterung der Beitragseinnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle Selbständigen, damit nicht die bisherige Versichertengemeinschaft allein die Lasten und Risiken der Einbeziehung der finanziell schwächeren Selbständigen trägt.

45

3) Wer Deutschland in den nächsten vier Jahren regieren will, muss mehr GERECHTIGKEIT schaffen und die ARBEIT der Zukunft menschlich gestalten. Die Ergebnisse der Sondierung weisen hier die größten Defizite auf. Hier brauchen wir vor allem

- ein Gesamtkonzept zur Erhöhung der Tarifbindung, etwa durch Weitergeltung von Tarifverträgen, die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit, Schließung der Lücken bei Scheinselbständigkeit und Werkverträgen und neuen Beschäftigungsformen. Dazu gehört, die angestrebte Allgemeinverbindlichkeit der Tarife in der Pflege durch
- 50 Neugestaltung des kirchlichen Arbeitsrechts, rechtlich dauerhaft abzusichern.
- die Gleichbehandlung und Gleichbezahlung von Leiharbeit ab dem ersten Tag,
- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und Einschränkung von Befristungsgründen,
- die lückenlose Durchsetzung des Mindestlohns, z. B. durch ein Verbandsklagerecht
- 55 der Gewerkschaften und strikte Kontrollen,
- ein Recht auf Weiterbildung für alle Beschäftigten und Arbeitslosen einschließlich einer gesetzlich geregelten Finanzierung. Dabei sollte auch der Begriff der betrieblichen Berufsbildung im Betriebsverfassungsgesetz durch den Begriff Aus-, Fort- und Weiterbildung ersetzt werden, um die Mitbestimmung von Betriebsräten zu
- 60 stärken und die Herausforderungen im Prozess der Digitalisierung der Arbeitswelt zu meistern;
- den Ausbau der Mitbestimmung hinsichtlich der erfassten Betriebe und der Tatbestände,
- höhere Investitionen als bisher vorgesehen, vor allem beim Wohnungsbau,
- 65 Öffentlichen Verkehrsmitteln, vollständig gebührenfreier Ganztagsbetreuung, bei der Regional- und Strukturumbauförderung,
- die Finanzierung der Mehrausgaben im investiven Bereich durch Einnahmeerhöhungen bei der Besteuerung von Kapitalerträgen, Spitzeneinkommen und großen Vermögen,
- 70 - einen umfassenden Privatisierungsstopp bei allen Bundesbeteiligungen, der vom Bund mitzuverantwortenden Daseinsvorsorge und den Infrastrukturen wie Telekom, Post, Bahn, Wasserwegen, Straßen, bei Gewährleistung der zu erbringenden Dienste (beispielsweise uneingeschränkte Universaldienste bei Telekommunikation und Post).
- 75
- 4) Die SPD lehnt folgende Elemente aus den Sondierungen energisch ab:
- die dreifache Gerechtigkeits- und Investitionsbremse, bestehend aus dem 40%-Deckel bei den Sozialversicherungsbeiträgen, der Schuldenbremse einschließlich der schwarzen Null und dem Ausschluss von Steuererhöhungen: diese schränkt die
- 80 staatliche Handlungsfähigkeit massiv ein, wirkt gegebenenfalls krisenverschärfend und führt bei schlechterem Konjunkturverlauf zu Leistungskürzungen;
- die Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge;
- das Festhalten am bisherigen 3-Säulen-Modell in der Altersvorsorge;
- die ausschließlich auf Verlängerung der Lebensarbeitszeit abzielende Flexibilisierung
- 85 des Rentenzugangs;
- das Fehlen einer klaren Absage an Verschlechterungen im Arbeitszeitgesetz;
- die Ausweitung prekärer Beschäftigung durch Ausweitung der Midijobzone und damit weitere Risiken von Arbeits- und Altersarmut anstatt der Einschränkung prekärer Jobs;
- 90 - der Verzicht auf echte Strukturreformen bei Gesundheit und Pflege (wenigstens erste Schritte zur Bürgerversicherung und Einführung einer Pflegevollversicherung) sowie bei der Rente (Erwerbstätigenversicherung);
- die inhumanen Elemente in der Flüchtlingspolitik

95 - die geplanten Vereinbarungen zum gemeinsamen Abstimmungsverhalten, identisch mit der letzten Legislaturperiode, ohne Zeitpläne und neue Verfahrensregeln, etwa zur Beteiligung der Fraktionen.

100 Der Parteitag stellt fest, dass sich die Kräfteverhältnisse zwischen Union und SPD gegenüber der vergangenen Legislaturperiode nicht verschoben haben. Er beauftragt den Parteivorstand und die Verhandlungskommission als Bedingung für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen, die genannten Punkte und Anforderungen in die Verhandlungen über einen Koalitionsvertrag einzubringen.

Ar 5 / Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Spaltung verhindern – Demokratie und direkte Teilhabe stärken

Sondierungspapiere sind stets Kompromisse und haben Stärken und Schwächen. Für uns Menschen mit Behinderungen hat dieses Papier im Sinne einer inklusiven Gesellschaft doch erhebliche Lücken oder als selbst Blinder darf ich sagen – „blinde Flecken oder ist asymmetrisch zu anderen Bereichen hochgradig sehbehindert“. Es liegt die Vermutung nahe, dass es in dem Papier überwiegend nicht um die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen geht sondern um die Stärkung des Geschäftsmodells „Menschen mit Behinderungen“, dies wohlwollend umschrieben. Im laufenden Papier ist Folgendes zu ergänzen:

10 1. Präambel:

Hier wendet sich das Papier zu Recht gegen eine Spaltung Europas. Dies muss sich sowohl auf die Behinderung der zwischennationalen Spaltung wie auch einer Sozialsplattung beziehen. Einzusehen ist: Um einer Sozialsplattung entgegenzuwirken, werden wir die Kernbotschaft des europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen aus dem Jahr 2003 („Nichts über uns ohne uns“) und deren konsequente Anforderung an Mitentscheidung und gesellschaftliche Mündigkeit in Politik und Gesellschaft konsequent umsetzen.

20 2. Bereich Europa

Indikator hierbei ist unser eigenes Handeln z.B. bei der Besetzung der Mandate im europäischen Parlament – nichts über uns ohne uns – wo spiegelt sich das hier wieder?

Das europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen mit seinen konkreten Inhalten ist die Blaupause für die spätere UN-Behindertenrechtskonvention, die ethische Standards weltweit setzt und auch von uns umgesetzt werden müsste.

25 3. Bereich Arbeit:

Ergänzend zu der gezielten, aufstiegsorientierten Förderung von Frauen muss klar erwähnt werden: *Menschen mit Behinderungen werden wir durch die konsequente Umsetzung des Budgets für Arbeit den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt direkt ermöglichen. Ebenfalls werden wir durch Förderprogramme beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg behinderter Menschen bis hin zu Leitungspositionen gewährleisten.*

35 **4. Bereich Rente, Gesundheit und Pflege**

Hier steht „Kranken, Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen bedürfen unserer besonderen Solidarität“. Mehr Geld ins System reicht nicht. Es müssen aktuelle gesellschaftliche Anforderungen aufgegriffen werden. Es muss also der Satz eingefügt werden: *Wir werden die selbstbestimmte Pflege auch behinderter Menschen stärken und so die Autonomie, die Ehre und das Bewusstsein dieses Personenkreises hervorheben.* „Autonomie stärken, Abhängigkeiten minimieren“ ist auch im Bereich der aktivierenden Pflege unser Leitmotiv.

45 **5. Passagen zu den besonderen Konventionen**

Die Erwähnung der älteren Kinderschutzkonvention und die gleichzeitige Nichtberücksichtigung der aktuellen Behindertenrechtskonvention – das ist hoffentlich vergessen, ansonsten glatt diskriminierend.

Es fehlt zwingend der Satz: *Wir werden die aktuelle Menschenrechtskonvention, die UN-Behindertenrechtskonvention als derzeit weltweit ethischen Standard vorbildlich für andere Länder in Deutschland verwirklichen und so Inklusion, Partizipation und Barrierefreiheit erlebbar machen.*

In der UN-Kinderschutzkonvention ist der Begriff Partizipation lediglich zwei Mal erwähnt, in der späteren UN-Behindertenrechtskonvention 25 Mal in unterschiedlichen Kontexten. Die Kinderschutzkonvention, auch mit ihren Einsätzen zu Inklusion, Partizipation und Empowerment ist ein Vorläufer zur aktuellen Behindertenrechtskonvention.

6. Bereich Bauen und Wohnen:

Hier ist der soziale Wohnungsbau erwähnt und viele andere Punkte mehr. Zwingend ist hier die klare Vorgabe auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels: *Bei allen öffentlichen Bauten, wie auf Straßen und Plätzen werden wir auf barrierefreie Standards achten und deren Durchsetzung verfolgen.*

7. Bereich Kultur und Sport:

Das Ziel einer integrativen/ inklusiven Gesellschaft wird im Bereich Kultur und Sport erwähnt. Hier muss deutlich gemacht werden, dass der Begriff „integrative Systeme“ sich an den Personenkreis der Migrantinnen und Migranten wendet sowie der Begriff „Inklusion“ an Menschen mit Behinderungen. Ansonsten könnte man den Begriff der Integration der 70er-Jahre nehmen. Dieser war subjekt-objekt-geprägt und wäre gesellschaftlich eine glatte Rolle rückwärts für alle demokratisch- und zukunftsorientierten Menschen.

Da der Begriff der Inklusion doch zwei Mal enthalten ist, *stellt sich die Frage, wie aufgrund der zwingenden Vorgaben der UN-BRK Menschen mit Behinderungen hier qualifiziert mitentscheiden sollen.* Für politisch bewusste Menschen mit Behinderungen ist es schlicht undenkbar, dass Frau Merkel und Herr Schulz, bei aller persönlichen Wertschätzung, sich als unsere Betreuer oder Vormunde gerieren.

8. Inklusive Bildung:

Zu begrüßen ist, dass Bildungsfinanzierung und Bildungs koordinierung wieder auf Bundesebene mitgesteuert werden sollen. Hier bedarf es jedoch klarer Orientierungen aufgrund der aktuellen Menschenrechtsanforderungen. Finanzielle Mittel des Bundes müssen klar an die Umsetzung inklusiver Bildung und eine durchgängige inklusive Bildungskette in allen Bundesländern geknüpft sein.

85 **9. Bundesteilhabegesetz und dessen Umsetzung:**

Hierzu habe ich dem Sondierungspapier nichts entnehmen können. Ich halte es jedoch für erforderlich, dass hier klare Orientierungen geschaffen werden und so die Leitplanken für die nächsten zehn Jahre gelegt werden. Die Schaffung des BTHG war die zentrale Anstrengung der noch amtierenden Bundesregierung und muss in Übereinstimmung mit Menschen mit Behinderungen fortgeführt werden.

90 **10. Bundesbehindertenbeauftragte/r:**

Die Zeit von Beauftragten ohne konkrete Kompetenzen ist nach einer Zeit von ca. 40 Jahren ein Auslaufmodell. Unter dem Aspekt „Demokratie weiterentwickeln“ bitte ich einen Satz einzufügen: *Wir werden einen behinderten Menschen, der aus der aktiven Behindertenbewegung kommt, deren Vertrauen hat und über die breite Fachkompetenz verfügt, als Staatsminister mit konkreten Aufgaben, mit der Wahrnehmung und Begleitung wirksamer Gesellschafts- und Behindertenpolitik betrauen.*

100 **11. Wahlrechtsreform:**

Die bereits in der vergangenen Legislaturperiode vereinbarte Wahlrechtsreform werden wir verwirklichen und generalisierte Ausschlüsse von behinderten Menschen so eliminieren.

Niemanden ausgrenzen, alle als Teil einer solidarischen Gesellschaft einzubeziehen ist Fundament unseres konkreten Handelns. Hierbei leiten sich unsere konkreten Handlungsfelder aus den Prämissen Inklusion und Partizipation als ein Begriffspaar ab:

- Empowerment verwirklichen
- Barrierefreiheit auf den aktuellen gesellschaftlichen Stand umsetzen ist mehr Lebensqualität für alle

110 In Deutschland leben zwischen 14 und 15 Millionen Menschen, die eine amtliche Bescheinigung als Menschen mit einer Behinderung haben. Hiervon ca. 8 Millionen Schwerbehinderte. Sie dürfen nicht auf ihr Leid und ihren Hilfebedarf reduziert werden sondern müssen als würdige, wertvolle Teile unserer Gesellschaft selbstbewusst in Deutschland überall partizipieren, präsent sein und mitentscheiden. 115 Keine Rolle rückwärts in neues Fürsorgedenken der 70er-Jahre sondern Gestaltungshoheit für mehr Demokratie und Mitentscheidung in einem demokratischen Sozialgefüge macht Deutschland zum Vorbild weltweit.

Ar 6 / Landesverband Sachsen-Anhalt
(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Für die SPD ist es - auch in der Rolle der stärksten Oppositionspartei im Bundestag – prioritäre Aufgabe, den Sozialstaat zu verteidigen und weiterhin solidarisch für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

An den Zielen einer paritätischen Bürgerversicherung muss festgehalten werden. Die jetzt vor uns liegende Legislaturperiode soll dazu genutzt werden, die Grundlagen, Inhalte und Bedingungen zur Umsetzung detailliert zu erarbeiten und so weitgehend vorzubereiten, dass durch die öffentliche Debatte deren Einführung in der nächsten, von uns politisch zu führenden, Legislatur erfolgen kann.

5

10 Die SPD tritt für die sofortige durchgehend paritätische Finanzierung (einschließlich etwaiger Zusatzbeiträge) und die Abschaffung von Zuzahlungen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ein. Beitragsbemessungsgrenzen sind zu hinterfragen und die Einbeziehung aller Einkommen in die Beitragspflicht zu prüfen.

15 Wir als SPD wollen eine bedarfsgerechte Versorgung mit einheitlichen Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung und wehren uns gegen alle beitragsfinanzierten „versicherungsfremden Leistungen“ in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung.

20 Wir als SPD werden weiterhin dafür kämpfen, dass alle gesetzlich Versicherten - unabhängig von Einkommen und Wohnort – die beste medizinische und pflegerische Versorgung bekommen und ihnen alle notwendigen medizinischen Leistungen im Krankheitsfalle zur Verfügung stehen. Wir kämpfen gegen jede Form der „Zwei-Klassen-Medizin“ und wissen, welchen Herausforderungen wir dabei in der kommenden Legislaturperiode ausgesetzt sein werden.

25 Wir als SPD treten für eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung ein und werden diese überall dort implementieren, wo wir jetzt und/oder in Zukunft Verantwortung tragen. Dabei müssen die Vorbeugung (Prävention) und die Rehabilitation – ebenso wie die Pflege - in diese Planung einbezogen werden.

30 Die Notfallversorgung muss organisatorisch, strukturell und finanziell neu aufgestellt werden. Sonst kann eine hohe Qualität in der Versorgung als auch ein wohnortnaher Zugang für alle nicht gewährleistet werden.

35 Wir als SPD setzen uns auch künftig für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in Krankenhäusern und in der ambulanten Kranken- und Altenpflege ein und verteidigen die begonnene generalisierte/ einheitliche Pflegeausbildung. Wir wollen überall dazu beitragen, dass durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Pflege eine Versorgung erreicht wird, welche die Würde der Kranken und Alten respektiert und sichert.

40 Ein Mittel um den steigenden Fachkräftebedarf im Bereich der Altenpflege zu decken, stellen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung dar. Die Einführung einer Pflegevollversicherung ermöglicht und refinanziert die angestrebten verbesserten Arbeitsbedingungen. Zu den guten Arbeitsbedingungen gehören auch eine bessere Bezahlung, ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag, eine bessere Personalausstattung
45 und verbindliche Personaluntergrenzen.

Bildungs-, Wissenschafts- Jugend, Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik (B)

B 1 / Ortsverein Köln-Höhenhaus (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Beenden der prekären Beschäftigung im Bildungssektor

Die SPD soll sich deutlich gegen prekäre Beschäftigung im Bildungssektor positionieren und aktiv politische Maßnahmen ergreifen oder initiieren, um prekäre Beschäftigung im Bildungssektor abzuschaffen und in unbefristete, tarifgebundene Arbeitsverhältnisse zu überführen.

Innen- und Rechtspolitik, Verbraucherschutz, Migration (I)

I 3 / Landesverband Sachsen-Anhalt

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Das Grundrecht auf Familie ist nicht verhandelbar – Familiennachzug ermöglichen

Neben einer beruflichen Perspektive sind der Schutz der Ehe und Familie als wesentliche Faktoren für eine gelungene Integration anerkannt und geschützt. Artikel 6 des Grundgesetzes misst der Familie einen besonderen Schutz zu. Die EU-Familienzusammenführungsrichtlinie (2003/86/EG) beschreibt den Kerngedanken der Bedeutung der Familie. Darin wird die Familienzusammenführung als notwendige Voraussetzung für ein Familienleben beschrieben. Sie trage zur Schaffung soziokultureller Stabilität bei und unterstütze die Integration von Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedsstaat. Diesem Gedanken wird auch in Art. 6 GG und Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) Rechnung getragen.

Das Schicksal von Menschen, die bereits durch ihre Fluchterfahrung und die notwendige Neuorientierung vor großen Herausforderungen stehen, darf kein Spielball politischer Verhandlungen werden. Wer Integrationsbereitschaft fordert, muss Voraussetzungen für gelingende Integration schaffen. Wenn Flüchtlingskinder nicht nur ohne ihre Eltern bei uns leben müssen, sondern auch um Leib und Leben ihrer Familien z.B. in Syrien bangen müssen, wird die kindliche Entwicklung als auch der Integrationsprozess erschwert.

Wir stehen dazu, dass auch Geflüchtete mit subsidiären Schutzstatus eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland erhalten und gleichberechtigten Zugang zu allen Integrationsangeboten erhalten.

Die SPD fordert daher ein Ende jeglicher Einschränkungen der Familienzusammenführung. Familiennachzug verstehen wir nicht als Belastung, sondern als Motor der Integration.

I 4 / Ortsverein Stadtmitte-Brinckmansdorf (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Besserer Schutz für Geflüchtete

Der Umgang mit geflüchteten Menschen und ihren Familien ist ein Lakmустest für unsere sozialdemokratischen Grundsätze zu Gerechtigkeit und Humanität. In den Sondierungen wurden zum Familiennachzug Vereinbarungen getroffen, die wir so keinesfalls mittragen können. Die Kasernierung geflüchteter Menschen in Zentren mit dem zynisch klingenden Namen „ANKER“ ist eine unerfreuliche Vorstellung, und sie muss auf einen klaren Zeitkorridor begrenzt bleiben. Der Familiennachzug für subsidiär Geschützte darf nicht so scharf begrenzt werden - wenn notwendig, muss den Botschaften weiteres Personal zur Verfügung gestellt werden. Unter gar keinen Umständen ist eine Kompensation des Familiennachzugs mit der Übernahme von Geflüchteten aus Italien und Griechenland tragbar, denn die gebietet die europäische Solidarität. Die zwar flexible aber dennoch faktische Obergrenze kann so nicht stehenbleiben.

- 15 Für den Fall einer Aufnahme von Koalitionsgesprächen fordern wir deshalb die
VerhandlerInnen auf, in diesem Punkt erheblich nachzulegen, nämlich bei
- zeitlicher Begrenzung der Kasernierung von Geflüchteten in den „Aufnahmezentren“;
 - Familiennachzug auch für subsidiär geschützte ohne Begrenzung;
 - keine Kompensation des Familiennachzugs mit der Übernahme von Geflüchteten aus Griechenland und Italien;
- 20
- keine definierte Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten.

Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik (StW)

StW 1 / Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Finanzierungsvorbehalt

Alle Vorhaben, die die Verhandlungspartner politisch umsetzen wollen und den normalen Haushaltsansatz und den „Überschuss“ durch die ungerechten Steuerquellen Verbrauchs- und Verkehrssteuern, wie z. B. Umsatzsteuer, Energiesteuern, übersteigen, sind durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Abschaffung der Abgeltungsbesteuerung für Zinsen, Veräußerungsgewinne und Ausschüttungen (damit Rückkehr zur synthetischen Besteuerung des § 20 Einkommensteuergesetz) sowie der Abschaffung von Steuerschlupflöchern zu finanzieren.

Dieser 2013 in ähnlicher Form beschlossene Finanzierungsvorbehalt wurde seinerzeit bei den Koalitionsvereinbarungen nicht durchgesetzt. Dies führte dazu, dass Verbesserungen, z. B. bei den Renten, zu Lasten der Rentenkasse und des allgemeinen Steuerzuschusses gehen und damit letztlich insbesondere die Normalverdiener treffen.

Diesmal muß der Parteivorsitzende, um glaubwürdig zu bleiben, diesen Finanzierungsvorbehalt durchsetzen, wie er es am 5. Januar 2018 in einem Pressegespräch mit dem Springer-Verlag dargestellt und bekräftigt hat („Wir bleiben hart.“).

Sollte es zu einer Mitgliederbefragung kommen, sind die Mitglieder über diese Finanzierungsfrage zu informieren.

StW 2 / Ortsverein Hummelsbüttel (Landesorganisation Hamburg)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Steuerrecht reformieren

Wir fordern im Rahmen von Koalitionsverhandlungen mit höchster Priorität eine Reform des Steuerrechts:

1.1 Die Wiedereinführung einer Kapitalertragsteuer, die wieder mit dem persönlichen Steuersatz erhoben wird, anstelle der Abgeltungsteuer,

1.2 die Erhebung von Erbschaftsteuer in Höhe von 30% bereits ab einer Vermögenshöhe von 10 Mio.€ mit korrigierter Verschonung der Betriebsvermögen unter Berücksichtigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung,

1.3 die Wiedereinführung einer Vermögensteuer von 0,5% p.a. auf alle Vermögensarten bei zeitnaher Bewertung von Immobilienvermögen auf der Grundlage von Ertrags- und Bodenrichtwerten unter Berücksichtigung hoher Freibeträge für untere und mittlere Vermögen, so dass nur die obersten zehn Prozent der Vermögensbesitzer betroffen sind,

1.4 die Einführung eines Vermögensregisters zur Erfassung aller persönlichen und betrieblichen Vermögen in Deutschland.

2.1 Die Senkung der Mehrwertsteuer im begünstigten Teil um zunächst zwei Prozentpunkte und Begrenzung des Katalogs der begünstigten Steuersätze auf alle Güter der täglichen Grundversorgung,

- 2.2 die Senkung der Energiesteuer für private Konsumenten,
2.3 Korrekturen bei der Einkommensteuer durch Erhöhung der Grundfreibeträge und
20 Abschmelzen des Solidaritätszuschlags bei gleichzeitigem Ausgleich durch
entsprechende Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie
2.4 Heranziehung multinationaler Konzerne zur Steuer mit ihren in Deutschland
erzielten wirtschaftlichen Ergebnissen. Gleichzeitig soll darauf hingewirkt werden,
25 dass diese Regelungen auch in der Europäischen Union eingeführt und vereinheitlicht
werden.

StW 3 / Ortsverein München Laim (Landesverband Bayern)
(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

12 steuerpolitische Forderungen

Wir sind der Auffassung, dass die SPD konsequent und mit allem Nachdruck auf eine sozialere Besteuerung der Bürger unseres Landes drängt. Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- 5 1. Die Einkommen aus nicht durch Arbeit erzielte Einkommen sind an die Steuersätze für Arbeitseinkommen anzugleichen.
2. Die Steueroasen innerhalb der EU müssen geschlossen werden.
3. Eine Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden.
4. Die Erbschaftssteuer ist in erheblich stärkerem Maße als bisher auf große Betriebsvermögen auszudehnen. Die erbschaftssteuerliche Bevorzugung großer
10 Betriebsvermögen ist aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nicht hinzunehmen. Hierfür gibt es zumindest bei Betrieben, die nicht von den Anteilseignern geleitet werden auch keinen betriebswirtschaftlichen Grund.
5. Managergehälter und -boni über 1 Mio. Euro pro Jahr dürfen nicht mehr als Betriebsausgaben der Unternehmen berücksichtigt werden.
- 15 6. Unternehmen sind in dem Staat zu besteuern, in dem sie ihre Umsätze machen.
7. Eine Finanztransaktionssteuer ist einzuführen.
8. Die Umsatzsteuer ist erheblich zu senken.
9. Die Umsatzsteuervergünstigung für Hotelübernachtungen ist zu streichen.
10. Alleinerziehende Elternteile müssen bessergestellt werden.
- 20 11. Es ist grundsätzlich die Mittagsspeisung von Schulkindern kostenlos zu stellen.
12. Kindergartengebühren sind bis zu einer bestimmten Obergrenze kostenlos zu stellen bzw. zu erstatten.

Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik (U)

U 2 / NaturFreunde Deutschlands

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Klimaschutz muss konkret werden

Im Antrag „Zur Beratung der Aufnahme von weiteren Verhandlungen zur Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen“ regen die Naturfreunde im Namen viele Umwelt- und Naturschutzverbände an, dass der Bundesparteitag folgende Ergänzung bei den Schwerpunkten sozialdemokratischer Politik beschließt:

5

Klimaschutz muss konkret werden

Die Begrenzung des Klimawandels und die Achtung der planetaren Grenzen sind die Voraussetzung für unseren Wohlstand und eine lebenswerte Zukunft folgender Generationen. Will die SPD ihrem Anspruch als Fortschrittspartei gerecht werden, muss sie die sozialen und ökologischen Fragen miteinander verbinden. Sie sind eine sozialdemokratische Aufgabe, denn Klimaschutz ist nicht nur die Voraussetzung künftigen Lebens, sondern auch eine Frage, ob wir die Ideen des Fortschritts und der Gerechtigkeit bewahren.

10

Klimaschutz ist die Bedingung für globale Solidarität, für Menschenschutz und die Bekämpfung von Fluchtursachen. Deshalb geht es um die konsequente Umsetzung der völkerrechtlich verbindlichen Beschlüsse des Klimagipfels von Paris und der siebzehn Nachhaltigkeitsziele von New York. Natürlich sind Koalitionen Aushandlungsprozesse, aber richtig ist auch, dass der Klimawandel darauf keine Rücksicht nimmt. Zwar werden die nationalen Klimaziele für 2020, 2030 und 2050 bestätigt, aber die nach Paris notwendige Zielverschärfung für das langfristige Klimaziel für 2050 auf mindestens 95 Prozent Treibhausgasreduktion gegenüber 1990 ignoriert.

15

20

Politik muss Gegenwart und Zukunft miteinander verbinden. Das passiert zu wenig, denn es geht um eine sozial-ökologische Transformation, die im Zentrum der Politik stehen muss.

25

So positiv das Vorhaben einer gesetzlichen Verankerung der Klimaziele für 2030 und 2050 auch ist, das politische Instrumentarium, wie die Ziele auch erreicht werden zu können, darf nicht unkonkret sein. Wir brauchen konkrete Ziele, wie kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Erreichung des Klimaziels 2020, Instrumente zur Erreichung der 2030-Sektorziele für Energie, Verkehr und Gebäude, ein Kohleausstiegsplan und die strukturpolitische Begleitung in eine oder mehrere Kommissionen ausgestaltet werden sollen.

30

Dies muss konkret sein, denn der Klimawandel ist eine Menschheitsherausforderung, bei der uns die Zeit wegläuft. Klimaschutz muss ein kategorischer Imperativ sein. Notwendig ist eine deutliche Konkretisierung der geplanten klimapolitischen Maßnahmen. Dazu gehört:

35

40

- Das Bekenntnis zu einem mit dem Pariser Klimaabkommen kohärenten Langfristziel für 2050, also 95 Prozent
- Die Maßnahmen für eine Erreichung des Klimaziels für 2020 benötigen keine weitere Kommission. Primär kurzfristig wirksames Instrument ist die deutliche

- Reduktion der Kohleverstromung. Pfad und Enddatum für den Kohleausstieg ergeben sich aus den völkerrechtlich verbindlichen Klimaabkommen von Paris.
- 45
- Die angekündigte Kommission muss dafür da sein, den Strukturwandel sozial und regional auszugleichen und vor allem in den betroffenen Regionen die Infrastruktur zu modernisieren.
 - Zumindest diese Voraussetzung und Rahmensetzung sollte einer wie auch immer strukturierten Kommission vorgegeben werden, um noch im Jahr 2018 zu
- 50
- Ergebnissen zu kommen.
 - Grundlage einer gesetzlichen Verankerung der Ziele für 2030 müssen die im Klimaschutzplan 2050 der aktuellen Großen Koalition beschlossenen Sektorziele sein.
- 55
- Weder kurzfristige noch unsere langfristigen Ziele beim Klimaschutz können erreicht werden, wenn das Primat der Politik aufgegeben wird. Nur eine konsequente Energiewende wie auch Agrar- und Verkehrswende mit einer engen strukturpolitischen Begleitung führt zu klimapolitischer Glaubwürdigkeit und legt die Grundlage für eine moderne Volkswirtschaft, die innovationsstark ist und
- 60
- Arbeitsplätze schafft.

Themenübergreifende Anträge / Sonstige (TH)

TH 2 / Ortsverein Grafschaft (Landesverband Rheinland-Pfalz)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Regierungsbeteiligung der SPD

Wir lehnen die Fortsetzung oder Wiederaufnahme einer sogenannten Großen Koalition ab, wenn nicht von Anfang an sichergestellt ist, dass die Politik des Neoliberalismus erkennbar beendet wird. Eine wie auch immer geartete Regierungsbeteiligung der SPD kann nur erfolgen, wenn eine Vereinbarung mit anderen Parteien durch geeignete Vertragsklauseln sichergestellt wird. Verstöße gegen Vereinbarungen müssen die Entlassung der verstoßenden Personen aus der Regierung zur Folge haben. Erfolgt diese Entlassung nicht, ist die Koalition beendet.

TH 3 / Kreisverband Calw (Landesverband Baden-Württemberg)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Forderungen für Koalitionsverhandlungen

Für den Fall, dass die SPD Koalitionsverhandlungen mit der Union aufnimmt, erheben wir folgende, über die Ergebnisse der Sondierungsgespräche hinausgehende bzw. diese zurückweisende Forderungen zum Gegenstand und zur Zielsetzung dieser Verhandlungen:

- 5 1. Maßnahmenpaket Kinderarmut:
Wir fordern die Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche, da die angedachten Maßnahmen Kinder im Hartz IV-Bezug wegen der Anrechnung überwiegend nicht erreichen.
- 10 2. Maßnahmen für mehr Anstand auf dem Arbeitsmarkt
Wir fordern die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, weil sie ungerechtfertigt sind und es den meist jungen Betroffenen an Planungssicherheit für ihr Leben fehlt. Wir fordern die Gleichstellung von Leih- und Zeitarbeitern mit Beschäftigten der Stammbesellschaft in Status, Rechten und Entlohnung, weil die bestehende Ungleichbehandlung ungerecht und ungerechtfertigt ist und weil prekäre Beschäftigung Belegschaften und die Gesellschaft spaltet.
- 15 3. Maßnahmen zu Asylbewerbern und Geflüchteten
Wir lehnen die Kasernierung von geflüchteten Menschen in zentralen Einrichtungen über längere Zeit ab und fordern, den Aufenthalt in diesen Einrichtungen zeitlich eng zu begrenzen. Wir lehnen die Begrenzung des Familiennachzugs ab. Wir fordern, dass der Nachzug der engeren Familie auch für subsidiär geschützte Personen wieder in vollem Umfang ermöglicht wird. Wenn die Anzahl und Komplexität der Fälle es notwendig macht, dann muss Personal bei den Botschaften eingestellt werden, um die Anträge zu bearbeiten. Wir lehnen die Kompensation der Wiedereinführung des Familiennachzugs mit der Übernahme von Geflüchteten aus Italien und Griechenland ab. Wir fordern, dass Deutschland auch weiterhin Verantwortung und Solidarität gegenüber den europäischen Partnerländern übernimmt, die an der Außengrenze am Mittelmeer die größte Last der Migration zu tragen haben.
- 20
- 25

- 30 4. Wir fordern, das Wahlalter für den Bundestag auf 16 Jahre zu senken, um jungen Menschen mehr demokratische Teilhabe zu ermöglichen.

TH 5 / Kreisverband Nordwestmecklenburg-Wismar (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)
(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

5 Zur Vorbereitung eines Koalitionsvertrages zwischen SPD, CDU und CSU sind unter der Voraussetzung die Verhandlungen mit CDU und CSU aufzunehmen, dass die Ergebnisse der Sondierungsgespräche um weitere sozialdemokratische Kernthemen zu ergänzen sind, da sie allein als Grundlage für eine Koalitionsvereinbarung nicht ausreichen.

Sind CDU/CSU nicht dazu bereit, weitere Themen zielführend zu verhandeln, sind die Verhandlungen abzubrechen.

TH 8 / Ortsverein Barmbek Mitte (Landesorganisation Hamburg)
(Angenommen)

Der Erneuerungsprozess muss weitergehen

Die nach der Bundestagswahl 2017 begonnene personelle, inhaltliche und strukturelle Erneuerung der Partei soll unabhängig vom Eintritt in eine sogenannte Große Koalition weitergeführt werden.

TH 10 / Ortsverein München Au (Landesverband Bayern)
(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Bedingungen für erfolgreiche Koalitionsverhandlungen

5 Für den Fall, dass der SPD-Bundesparteitag am 21.01.2018 der Aufnahme von Koalitionsgesprächen mit der CDU/CSU zustimmt, fordern wir den Parteivorstand und die von ihm einzusetzende Verhandlungskommission auf, mindestens folgende Punkte gegenüber der Union durchzusetzen:

- 5 1. Die zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau werden nicht nur für die Jahre 2020 und 2021 auf eine rechtssichere Grundlage gestellt, sondern erheblich erhöht und an eine dauerhafte Sozialbindung gekoppelt. Steuerliche Anreize werden nicht wie im Sondierungspapier für den „freifinanzierten Wohnungsbau“, sondern für den „Mietwohnungsbau“ geschaffen.
- 10 2. Die Verlängerung des Bindungszeitraumes für Mietspiegel wird nicht „geprüft“, sondern mindestens verdoppelt und konkret vereinbart und umgesetzt.
3. Die Mietpreisbremse wird nicht „zum Ende des vorgesehenen Geltungszeitraumes evaluiert“, sondern konkret und schnellstmöglich nachgebessert. Die in der letzten Großen Koalition gescheiterte 2. Mietrechtsreform wird weitestgehend vereinbart.
- 15 4. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird unter den Zustimmungsvorbehalt der jeweiligen Kommune gestellt, der Milieuschutz in einen Schutz ausgebaut, der bezahlbaren Wohnraum erhält.

- 20 5. Zur Reform des Bodenrechts und der Bekämpfung der Grundstücksspekulation wird eine Kommission eingesetzt, die bis zur Mitte der Legislaturperiode Handlungsvorschläge erarbeitet.
6. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) wird so reformiert, dass soziale und ökologische Gesichtspunkte stärker berücksichtigt werden können und
25 insbesondere der Ausbau und der Betrieb des ÖPNV vom Bund deutlich besser gefördert wird.
7. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen wird abgeschafft.
8. Die Verbesserungen bei der Mütterrente werden steuerfinanziert.
9. Die im Sondierungspapier vorgesehene Rentenkommission „Verlässlicher
30 Generationenvertrag“ wird so eingesetzt, dass Ergebnisse für die Zeit nach 2025 noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden können, zumindest Zielvorstellungen für das Rentenniveau und den Beitragssatz ab 2025 deutlich werden.
10. Die im Sondierungspapier vorgesehene Erhöhung der Grundsicherung im Alter entspricht nicht der noch im letzten Koalitionsvertrag vereinbarten solidarischen
35 Lebensleistungsrente. Hinter einen einmal erzielten Kompromiss darf ein neuer Koalitionsvertrag nicht zurückfallen.
11. Die verlängerte Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrenten darf nicht nur für Neuzugänge gelten, auch Bestandsrentner – die besonders von Altersarmut betroffen sind – müssen einbezogen werden.
- 40 12. Die im Kapitel „Finanzen und Steuern“ angekündigten Entlastungen der Geringverdiener bei den Sozialabgaben und die Ausweitung der Midi-Jobs dürfen nicht zu geringeren Rentenanwartschaften führen.
13. Die steuerliche Subventionierung von Diesel-Treibstoff wird in dieser Legislaturperiode beendet.
- 45 14. Der Familiennachzug wird nicht auf 1.000 Menschen pro Monat begrenzt. Die im Sondierungspapier vorgesehenen zentralen Lager (ANkER) werden nicht vereinbart.
15. Zumindest ein Einstieg in die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin muss erreicht werden. Fallpauschalen und die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigungen sollen kritisch überprüft werden.
- 50 Sollte es nicht gelingen, diese Mindestverbesserungen zum Sondierungspapier gegenüber der Union bei Koalitionsverhandlungen durchzusetzen, erklärt der Parteivorstand die Koalitionsverhandlungen für gescheitert und verzichtet darauf, einen hinter den Anforderungen zurückbleibenden Entwurf eines Koalitionsvertrages den SPD-Mitgliedern zur Entscheidung vorzulegen.

TH 13 / Ortsverein Neumünster-Gadeland (Landesverband Schleswig-Holstein)
(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

1. Der Bundesparteitag beschließt die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union.
2. Der Bundesparteitag stellt fest, dass die Verhandlungsdelegation einiges durchgesetzt hat in den Sondierungsgesprächen.
- 5 Er ist mit dem Ergebnis in wesentlichen Punkten nicht zufrieden und erwartet von den Koalitionsverhandlungen Nachbesserungen.

- 10 3. Der Bundesparteitag erwartet im Hinblick auf die nicht umgesetzten Punkte des letzten Koalitionsvertrages einen festen Zeitplan für die Umsetzung der zu vereinbarenden Vorhaben.
- 15 4. Der Bundesparteitag lehnt eine Vorwegnahme des beschlossenen Mitgliederentscheides durch jetzige pauschale Ablehnung der Möglichkeit einer auszuverhandelnden Großen Koalition schon aus Respekt vor dem Entscheidungsrecht der Mitglieder ab.
- 20 5. Der Bundesparteitag stellt fest, dass das Projekt Erneuerung der Partei unabhängig vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen höchste Umsetzungspriorität in der Partei erhält,
6. Der Bundesparteitag stellt fest, dass ein Maximum an Umsetzung sozialdemokratischer Inhalte nach den nächsten Bundestagswahlen am ehesten in einer Koalition mit Grünen und Linken erreicht werden kann.

TH 15 / Unterbezirk Nürnberger Land (Landesverband Bayern)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Punkte für Koalitionsverhandlungen

Wir erwarten von der Parteiführung, dass sie die Dinge beim Namen nennt und Sachlagen nicht beschönigt. Das Sondierungspapier ist ein Arbeitspapier, in dem die SPD keine der zentralen Forderungen aus dem Wahlkampf umsetzen konnte. Daher ist es nicht „hervorragend“ wie auf der Pressekonferenz gesagt wurde, sondern ein Kompromiss der viele Kröten und saure Äpfel enthält.

5 Wenn man das Sondierungspapier intensiv liest, entdeckt man die zahlreichen kleinen Punkte, die von der SPD gesetzt wurden. Es gibt aber Punkte, die mit den Werten der SPD nicht in Einklang gebracht werden können.

10 Für den demokratischen Prozess im deutschen Bundestag halten wir es für wichtig, dass alle Punkte, die nicht im Koalitionsvertrag geregelt sind, frei verhandelt werden können und keine zwangsweise Abstimmung gemeinsam mit der CDU/CSU erfolgt. (S.28)

15 Auch wenn es sich um ein Kompromiss-Papier handelt, fordern wir zum Koalitionsvertrag folgende Punkte im Sinne der SPD zu konkretisieren:

- Das 3-Säulen-Modell für die Rente (S.13): Da die Riester-Rente gefloppt ist, sollte die betriebliche Säule gestärkt werden.
 - Die Mütterrente (S.13) soll staatlich finanziert werden und nicht aus der Rentenkasse. Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, dass Frauen mit weniger als drei Kindern auch Mütter sind.
 - Anker-Zentren für Flüchtlinge (S.21): Es ist gut, wenn die beteiligten Behörden zusammenarbeiten und räumlich nah beieinander angesiedelt sind. Allerdings gibt es keinen Grund die Geflüchteten konzentriert unterzubringen und über die Jahre bis zur Entscheidung festzuhalten anstatt sie dezentral unterzubringen.
 - Familiennachzug für Geflüchtete mit subsidiärem Schutz (S.20): Nach Expertenmeinung ist die Zahl 1.000 pro Monat als zu niedrig angesetzt. Außerdem sehen wir keinen Zusammenhang in diesem Punkt zu der Unterstützung von Italien und Griechenland in der Aufnahme von Geflüchteten. Dies steht auch im Widerspruch zu den Zielen für ein gutes europäisches Miteinander der ersten Seiten.
- 20
- 25
- 30

Wir begrüßen es, dass nach zwei Jahren eine „Inventur“ gemacht wird und man die Segel gegebenenfalls neu setzen kann.

35 Wir erwarten, dass innerhalb der ersten Hälfte der Legislatur folgende Punkte umgesetzt oder zumindest mit konkretem Zeitplan angefangen wurden:

- Einführung der Finanztransaktionssteuer (S.15)
- Kohleausstieg (S.24)
- Verbot von Glyphosat (S.23)
- Verbesserung des ÖPNV und Infrastruktur für alternative Antriebe (S.8). Wobei sich alternative Antriebe nicht auf die E-Mobilität beschränken sollten.
- 40 • Schonvermögen nach SGB II erhöhen (S.8)
- Teilzeitbefristungskonzept (S.9)
- Evaluation des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes
- adäquate Finanzierung von Frauenhäusern (S.11)
- 45 • Schaffung von Wohnraum (S.22) und einem echten sozialen Wohnungsbau
- Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum (S.23) soll Ergebnisse und erste Maßnahmen vorlegen

TH 16 / Ortsverein Barmbek Uhlenhorst Hohenfelde 1 (Landesorganisation Hamburg)
(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Eintritt in Koalitionsverhandlungen

Der Bundesparteitag beschließt den Eintritt in Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU mit dem Ziel, die in den Sondierungsverhandlungen entstandenen Übereinkünfte zu präzisieren, einheitliche Handlungsformen und Zeitpläne zu entwerfen und zu fixieren. Dabei soll die verbindliche Formulierung „wir werden...“ dies und jenes tun als durchgehende Formulierung zu allen Politikfeldern genutzt werden und keine Abstufungen in der Handlungsoption durch Formulierungen wie „wie wollen“, „wir planen“ usw. erfolgen.

Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen ist das schriftlich fixierte Ergebnis den Mitgliedern der SPD zur Abstimmung vorzulegen.

TH 19 / Unterbezirk Miesbach / Unterbezirk Bad Tölz-Wolfratshausen (Landesverband Bayern)
(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Ein weiter so darf es nicht geben

Das nun vorliegende Ergebnispapier der Sondierungsgespräche der CDU / CSU mit der SPD ist aber genau das, ein weiter so der Verwaltung dieses Staates in der gleichen Konstellation mit einigen Nachbesserungen und wenigen Verbesserungen, statt einer neuen Politik, statt einer Gestaltung der Zukunft. Was völlig fehlt ist ein neues glaubwürdiges Projekt, das die Fortsetzung der Zusammenarbeit der beiden Volksparteien rechtfertigt. Der vage Verweis auf die Einrichtung von Kommissionen ohne klarem Handlungsauftrag ohne Zeitvorgabe reicht bei weitem nicht aus. Die Politikverdrossenheit der Bürger*innen aber auch der Parteimitglieder wird so wieder zunehmen.

10

Der Parteivorstand und die weiteren Verhandlungsführer*innen werden daher aufgefordert keinem Koalitionsvertrag zuzustimmen der die folgenden Konkretisierungen als Mindestanforderungen nicht beinhaltet:

15

Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht:

Wir wollen im SGB II die Zumutbarkeit bei der Vermögensverwertung überprüfen und das Schonvermögen anheben.

Wir werden die sachgrundlosen Befristungen abschaffen.

20

Wir werden das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch für Leiharbeit und Werksverträge durchsetzen.

Bei den Veränderungen der Arbeitszeitgestaltung werden wir darauf achten dass der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer*innen gewahrt ist.

25

Rente

Die Rentenkommission erhält den Auftrag ein Modell zu entwickeln wie durch die Erweiterung der Einnahmensituation der Generationenvertrag gesichert werden kann.

30

In einem ersten Schritt soll noch in dieser Legislaturperiode mit der Zusammenführung der Rentenversicherung und der Pensionsansprüche von Beamten begonnen werden.

Steuer

35

Um alle beschlossenen Vorhaben in jedem Falle umsetzen zu können, werden wir bei einem Rückgang des Steueraufkommens eine Anhebung des Spitzensteuersatzes um mindestens 2% vornehmen.

Einkünfte aus Kapitalvermögen sollen dem Einkommenssteuersatz unterzogen werden. An dem Ziel die kalte Progression noch in dieser Regierungsperiode abzuschaffen halten wir fest.

40

Migration und Integration

Mit der SPD gibt es keine Obergrenze.

45

Einer Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzuges wird nicht zugestimmt. In der Übergangsfrist wird durch eine Gesetzesnovelle dafür gesorgt dass vorrangig die minderjährigen Kinder subsidiär geschützter mit ihrem Elternteil einreisen können. Ebenso wenig wird der Verrechnung des Familiennachzuges mit den EU-bedingten freiwilligen Aufnahmen zugestimmt.

50

Familien mit minderjährigen Kindern und Jugendlichen sowie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden nicht länger als 1 Monat in einer Zentralen Sammeleinrichtung (ANKER) untergebracht.

Wohnungsbau, Mieten, Kommunen und ländlicher Raum

Die Mietpreisbremse muss sofort wirksam ausgestaltet werden.

Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden deutlich erhöht.

TH 23 / Ortsverein Großbottwar (Landesverband Baden-Württemberg)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Regierungsbildung und Abstimmung zum weiteren Vorgehen

Es sollen zusätzlich folgende Punkte aus dem Regierungsprogramm der SPD Aufnahme in die Verhandlungen zur Koalitionsbildung finden und verbindlich bis zum Ende dieser Legislaturperiode umgesetzt werden:

- 5 • die Rechtsstaatlichkeit in Europa mit einer europäischen Verfassung stärken
- Verbot der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen
- Arbeitnehmerüberlassungsgesetz: Leiharbeit muss wieder die Ausnahme werden und sich grundsätzlich an den örtlichen Tarifen ausrichten
- Langfristige Absicherung des derzeit geltenden Renteneintrittsalters und -niveaus
- Zur Linderung der Kinderarmut Steuerklasse III für Alleinerziehende
- 10 • Einstieg in eine Bürgerversicherung (z.B. einheitliche GOÄ, Verbot des Faktors bei PV)
- Einkommensteuer auf Kapitalerträge statt Abgeltungssteuer (unklare Formulierung im Papier)

TH 25 / Ortsverein Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Klärung unserer Rolle in Regierungsverantwortung oder in der Opposition

Der Beitrag unserer Partei soll auch nach Abschluss der Sondierungen konstruktiv, jedoch **ergebnisoffen** sein. Die Regierungsbildung hängt nicht allein von uns und unserer Beteiligung an einer GroKo ab. Es gibt vielmehr weitere Wege zu einer Regierungsbildung. Es ist auch weiterhin die Regierungsbildung in anderen

5 Konstellationen möglich. Schließlich kann der Weg auch über Neuwahlen führen.

Unser Leitprinzip für die weitere Vorgehensweise ist die Vereinbarkeit zweier Ziele:

- der innerparteilichen Erneuerung und
- der Durchsetzung konkreter, gewichtiger, sozialdemokratischer Politikinhalt.

10

Hinsichtlich des weiteren Wegs zur Klärung unserer Rolle in Regierungsverantwortung oder in der Opposition befürworten und unterstützen wir mehrheitlich die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen nur, wenn darin eine eindeutige Hinwendung zu einer weltoffeneren, solidarischeren, gerechteren

15 Gesellschaft mit nachhaltig verbessertem Zusammenhalt erkennbar wird. Diesem Anspruch genügt das vorliegende Ergebnis der Sondierungen nicht. Auf dieser Basis kommt für uns die Bildung einer Koalition mehrheitlich nicht in Frage.

Es muss unser Ziel sein, unsere Programminhalte glaubwürdig im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wiederzufinden. Wir erwarten konkrete Vereinbarungen, die unsere gesellschaftlichen Ziele nachvollziehbar umsetzen. Unseren Mitgliedern werden wir ggf. empfehlen, einer zur Abstimmung vorgelegten Koalitionsvereinbarung nur dann zuzustimmen, wenn eine deutlich wahrnehmbare Balance von wirtschaftlicher Orientierung und Hinwendung zu den Menschen

20 beschlossen wird. Dies betrifft vor allem die Themen **Steuergerechtigkeit** (Unternehmensbesteuerung, Steuerschlupflöcher schließen, Privilegien reduzieren,

25

Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Spitzensteuersatz, Finanztransaktionssteuer), **Bildung** (auch: Schulmodernisierung), **Gesundheits- und Pflegepolitik** (paritätische Pflege- und Krankheitsbürgerversicherung, integrierte Bedarfsplanung der medizinischen Versorgung), **soziale Gerechtigkeit** (höherer Mindestlohn und Grundfreibetrag und höhere Grundrente, Beitragsentlastung), **Arbeitsmarktpolitik** (Abschaffung sachgrundloser Befristung, Vergütung von Leiharbeit, gegen den Missbrauch von Werkverträgen), **Wohnungsmarkt, Umweltgerechtigkeit** (forcierter Kohleausstieg, Gebäudesanierung, Energieeffizienz, Klimaschutz), **Integration und Fluchtursachenbekämpfung**.

Unsere Forderung: Holt mehr für die Menschen heraus: Armut bekämpfen, Schere schließen, Solidarität einfordern, Lasten gerecht verteilen, echte Gleichstellung!
Wenn sich Regierungsbeteiligung so nicht vereinbaren lassen sollte, bedauern wir mehrheitlich, dass sich unsere sozialdemokratischen Schwerpunkte in der kommenden Legislaturperiode in der Opposition dann nicht durchsetzen lassen werden. Wir werden dies jedoch im Interesse unserer Glaubwürdigkeit als SPD, der Erneuerung unserer Partei und der Stärkung der Sozialdemokratie in zukünftig angestrebter Regierungsverantwortung mehrheitlich in Kauf nehmen. Eine uns zufallende Oppositionsrolle in der kommenden Legislaturperiode verstehen wir dann als eine Chance für die Partei und für unser Land. Dafür bieten wir als Parteibasis unsere volle Unterstützung.

TH 29 / Unterbezirk Erding (Landesverband Bayern) (Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Ziele für Koalitionsverhandlungen

Der SPD Kreisverband Erding spricht sich für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen aus. Bei den Verhandlungen sind folgende Punkte unbedingt anzustreben:

- 5 • Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- Einführung einer Vermögenssteuer
- Bürgerversicherung
- Kohleausstiegsgesetz analog Atomausstiegsgesetz
- soziale, humane Asylpolitik
- keine BAMF-Verfahren im Schnellverfahren ohne Rechtsberatung
- 10 • Weiterentwicklung des Bodensrechts (nach Hans-Jochen Vogel)
- bedingungslose Grundrente
- sozialen Wohnungsbau stärken

TH 32 / Ortsverein Winsen (Bezirk Hannover) (Überwiesen an SPD-Parteivorstand)

Ausgang des Mitgliedervotums akzeptieren

1. Die Feststellung der SPD-Bundesspitze nach der Bundestagswahl, dass die Große Koalition abgewählt wurde, war und ist richtig. Gleiches gilt ebenso für die Aussagen, aus diesem Grund nicht wieder in eine GroKo gehen zu wollen. Auch die Begründung,

5 der AfD nicht die Rolle der Oppositionsführung überlassen zu wollen, war richtig und von hoher Verantwortung für die demokratische Auseinandersetzung im Bundestag.

2. Ebenso war es richtig, nach der Flucht der FDP vor Verantwortung bei den so genannten "Jamaika-Verhandlungen" die Absage an eine GroKo zu wiederholen.

3. Die derzeitige Situation hat die SPD nun wieder einmal in eine Defensivrolle
10 gedrängt. Das ist für die Partei unabhängig vom dem, was jetzt folgt, in jeder Hinsicht schädlich.

4. Die Ergebnisse der Sondierungsverhandlungen zeigen einige Ansätze von sozialdemokratischer Handschrift. Allerdings fehlen die notwendigen und klaren sozialpolitischen Ansätze einer dringenden erforderlichen neuen Politik für den Bund. Die
15 Unzufriedenheit in vielen Teilen der Partei ist nur zu verständlich und die Mehrheit auf dem Parteitag am 21.01.2018 zu Recht fraglich. Die Kommentare aus der Union, die den Anschein erwecken, die Sondierungsergebnisse stellen praktisch schon die Koalitionsergebnisse dar, machen die Angelegenheit für die SPD nur noch schlimmer.

5. Die Kommentare insbesondere aus der CSU, man solle bspw. den
20 „Zwergenaufstand“ beenden, zeugen nicht gerade von demokratischem Verstand. Diesen Frechheiten muss der SPD-Parteivorstand mit deutlichen Worten begegnen. Schweigen ist hier fehl am Platz.

6. Wir stellen fest: Das "Umfallen" in der GroKo-Frage durch die Aufnahme von Sondierungsgesprächen hat die SPD in eine Situation gebracht, aus der sie nicht
25 hinauskommt, ohne die nächsten Schritte zu gehen. Daher geht unsere Aufforderung an die Delegierten des Bundesparteitages am 21.01.2018, dem Schritt in die Koalitionsverhandlungen zuzustimmen. Wir verbinden diese Aufforderung damit, dass auf dem Parteitag deutlich zu machen ist, dass in den Koalitionsverhandlungen über das Sondierungsergebnis hinaus weitere Klarstellungen zur Umsetzung vor
30 allem in der Sozialpolitik erwartet werden.

7. Außerdem fordern wir den Bundesparteitag zu folgendem klaren Bekenntnis auf: Bei einem negativen Votum der SPD-Mitglieder zum Koalitionsergebnis - und sei es noch so knapp – tritt die SPD auf keinen Fall in eine Regierungskoalition ein.

35 Die Sondierung mit der CDU/CSU ist abgeschlossen. Das Ergebnis, mit dem nun in die Koalitionsverhandlungen eingetreten werden soll, liegt vor. In der SPD - begleitet durch die Medien und Kommentare von Vertretern der CDU und der CSU - wird diskutiert, inwieweit mit dem Ergebnis der Sondierungsgespräche die politischen Ziele der SPD in Koalitionsgesprächen hinreichend durchgesetzt werden können. Im
40 Moment erscheint es allerdings völlig offen, ob auf dem kommenden SPD Parteitag eine Mehrheit für die Koalitionsverhandlungen zustande kommt. Sollte das der Fall sein, ist mit dem Mitgliederentscheid ein weiterer Meilenstein bereits definiert.

Wir stellen fest, dass - im Gegensatz zu den beiden anderen Parteien - in der SPD das
45 Ergebnis und die Entscheidung über das weitere Vorgehen in die Diskussion gegeben und nicht von der Parteispitze entschieden wird. Mit etwas gutem Willen kann man diese Vorgehensweise schon als Teil des von vielen Seiten eingeforderten und angekündigten Erneuerungsprozesses in der SPD werten. Damit unterscheidet sich die SPD im besten demokratischen Sinne schon einmal von den beiden anderen
50 Parteien. Anstatt mit polemischen Aussagen gegen die SPD zu schießen sollten sich CDU und insbesondere CSU besser daran ein Beispiel nehmen.

III. Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

Ar4;

TH1; TH4; TH30

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

B2;

I1; I2;

U1;

TH6; TH7; TH9; TH11; TH12; TH14; TH17; TH18; TH20; TH21; TH22; TH24; TH26; TH27; TH28;

TH31; TH33;

Initiativanträge lagen dem a.o. Bundesparteitag am 21. Januar 2018 nicht vor.

